



100 Tage Regierung Letta

Große Koalition all'italiana

MARKUS GRIMM

August 2013

- Die Regierung Letta funktionierte in den ersten 100 Tagen trotz großer inhaltlicher Differenzen zwischen den beteiligten Partnern erstaunlich reibungslos und hat erste institutionelle Reformen angekündigt, die allerdings noch keine klare Form angenommen haben.
- Die Rezession der italienischen Wirtschaft verschärft sich nach den Sparmaßnahmen der Regierung Monti, ohne schnelle Sparerfolge vorzuweisen. Die Regierung Letta muss nun mit wenigen Mitteln die Konjunktur beleben und die Arbeitslosigkeit bekämpfen.
- Ohne selbst der Regierung anzugehören, prägt Silvio Berlusconi dennoch die Regierungsarbeit. Seine Wahlversprechen versucht er kompromisslos umzusetzen und gibt von außen die Richtlinien für seine Partei vor. Auch wenn er nicht an schnellen Neuwahlen interessiert ist, könnte die Zusammenarbeit der Koalition doch an den Prozessen gegen Berlusconi zerbrechen.



Inhalt

Große Koalition der großen inhaltlichen Differenzen 3

Das Erbe der Regierung Monti in der Wirtschaftspolitik 4

Berlusconis Prozesse und Richtungskämpfe gefährden die Koalition zusätzlich 5

Fazit..... 7

Seit 100 Tagen hält sich eine Große Koalition unter dem Kompromisskandidaten Enrico Letta an der Regierung. Angesichts der komplizierten Regierungsbildung und dem Druck, dem sie kontinuierlich ausgesetzt ist, überrascht jede Woche, in der sich diese Regierung halten kann. Nach der radikalen Absage des Wahlgewinners – das Movimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung, M5S) um Beppe Grillo – an jegliche Regierungsbeteiligung oder -unterstützung stand Italien im Frühjahr vor der Entscheidung zwischen einer Großen Koalition und Neuwahlen, die vermutlich aber keine grundlegende Verschiebung der Wählerstimmen gebracht hätten. Nachdem auch die Wahl des Staatspräsidenten nach einer Pattsituation und Turbulenzen in der Demokratischen Partei (PD) in der erneuten Wahl des widerstrebenden 87-jährigen Giorgio Napolitano mündete, konnte dieser im Gegenzug Bedingungen für eine Regierungsbildung formulieren und die Parteien mit seiner Rücktrittsdrohung unter Druck setzen. Erst in dieser verfahrenen Situation und nach dem Rücktritt des glücklosen PD-Vorsitzenden Pier Luigi Bersani einigten sich Berlusconi's »Volk der Freiheit« (PdL) und der PD sowie die »bürgerliche Wahl« (Scelta Civica, SC) Mario Monti auf die Bildung einer Großen Koalition. Die beteiligten Parteien einigten sich auf Enrico Letta als Regierungschef, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden der PD. Als Mann der Mitte und durch seine Herkunft aus der früheren christdemokratischen Partei Democrazia Cristiana (DC) schien er geeignet, die Gräben zwischen den beiden Blöcken zu überwinden. Enrico Letta verkörpert so geradezu die Große Koalition: Der 46-jährige begann seine politische Karriere als Christdemokrat und wechselte über die italienische Volkspartei (PPI) in die linksliberale Liste »Margherita«, die 2007 neben den Linksdemokraten (DS) eines der großen Gründungsmitglieder des PD war. Gianni Letta, ein Onkel des Regierungschefs, ist einer der engsten Mitarbeiter Silvio Berlusconi's. Die Familie Letta stammt aus den Abruzzen und hat eine lange Tradition als Staatsdiener vorzuweisen. Zwischen 2006 und 2008 war Enrico Letta als Staatssekretär in der Regierung Prodi II in einem Amt, das dem deutschen Kanzleramtsminister vergleichbar ist. Sein unmittelbarer Vorgänger und Nachfolger zugleich in den Regierungen Berlusconi II, III und IV war sein Onkel Gianni, auch dies ein Beleg für die gute Vernetzung und das diplomatische Geschick der beiden Lettas.

Die Regierung, die am 29. und 30.4.2013 eine breite Mehrheit in beiden Kammern erhielt, wird neben den genannten drei Parteien auch von einer Reihe kleine-

rer Parteien unterstützt. Zu diesen gehören neben dem christlichen Zentrum (UdC) vor allem regionale Parteien wie die Südtiroler Volkspartei. Der PD stellt neun von 22 Ministern, sechs stellt der PdL, aus dessen Reihen mit Berlusconi's zeitweiligem Kronprinzen Angelino Alfano auch der stellvertretende Regierungschef stammt. Die Minister stammen überwiegend aus der zweiten Reihe der Parteien oder haben dort zumindest aktuell keine leitende Funktion inne. Drei Minister sind Partei-unabhängige hohe Beamte, einige waren Überraschungskandidaten wie die aus der Demokratischen Republik Kongo stammende Staatsministerin für Integration, Cécile Kyenge, oder die deutschstämmige Staatsministerin für Sport, Josefa Idem. Beide stehen auch für Lettas Bemühen, eine jüngere Regierung mit einem höheren Anteil von Frauen zusammenzustellen als dies in der Vergangenheit üblich war.

Große Koalition der großen inhaltlichen Differenzen

Bisher kommt es der Regierung zugute, dass viele der MinisterInnen selbst in der Vergangenheit nicht polarisierten oder zu den bevorzugten Zielscheiben des politischen Gegners zählten. So kann das Kabinett relativ unbefangen zusammenarbeiten, ohne von Teilen der Abgeordneten per se abgelehnt zu werden. Auch die kurios anmutende Tatsache, dass viele der MinisterInnen aus PD, PdL und SC gleichermaßen ihre politische Karriere in der DC begannen, fördert möglicherweise die gute Zusammenarbeit im Kabinett. Große inhaltliche Differenzen zwischen den beteiligten Parteien und Lagern treten dennoch auf vielen Politikfeldern offen zutage und produzieren Spannungen, welche die Koalition belasten und im Parlament offen ausgetragen werden. Am deutlichsten treten die Differenzen in der Innen- und Wirtschaftspolitik auf, die Positionen in der Außenpolitik und das Auftreten in und gegenüber der EU hingegen sind eher kompatibel.

Einige institutionelle Reformen finden prinzipiell eine breite Zustimmung und werden zum Teil schon seit Jahren diskutiert. Diese muss die Regierung auch deshalb anpacken, weil von der italienischen Öffentlichkeit an solchen Themen die Glaubwürdigkeit der Politik gemessen wird. Besonders Grillo prangert die Reformfähigkeit der herrschenden »Kaste« an und bindet so viele Protestwähler. Zudem kann der italienische Staat

in diesen Bereichen deutliche Sparbemühungen sowohl gegenüber der eigenen Bevölkerung als auch gegenüber der EU und den privaten Gläubigern demonstrieren. Ende Juli wurde vereinbart, dass wichtige institutionelle Reformen im Herbst beschlossen werden sollen: Der Gesetzesentwurf für eine schrittweise Abschaffung der üppigen direkten Parteienfinanzierung liegt seit Ende Mai vor und soll im Herbst verabschiedet werden.

Zwar soll die Reform Übertreibungen beschneiden, viele staatliche Vorteile und Unterstützungsmöglichkeiten für die Parteien bleiben aber erhalten. Eine völlige Abschaffung der Finanzierung kann nur im Interesse von Parteien wie M5S oder PdL sein, die von Millionären finanziert werden. Das neue Parteiengesetz sieht neben der Möglichkeit von Spenden auch eine mögliche Abgabe von 2 Promille der Einkommenssteuer für die Parteien vor.¹ Die ebenfalls kostspieligen Privilegien der Parlamentarier sind unter Monti und Letta nur geringfügig beschränkt worden.

Zudem besteht zwar Einigkeit in der Ablehnung des bestehenden Wahlrechts², allerdings zeigen sich hier keine mehrheitsfähigen Lösungen. Zunächst wird die Regierung nun im September den Vorschlag einer vorläufigen kleinen Wahlrechtsreform oder einer Rückkehr zum 1993–2005 geltenden »Mattarellum«³ einbringen, die ein regierungsfähiges Parlament im Falle vorgezogener Neuwahlen garantieren soll. Ein endgültiges, von einer breiten Mehrheit akzeptiertes neues Wahlrecht soll dann in Ruhe ausgearbeitet werden – ein Versuch, der in den letzten zwanzig Jahren mehrfach gescheitert ist. Eine weitere Initiative betrifft die Abschaffung der Provinzen, die zwar nur untergeordnete Aufgaben haben, aber dennoch einen großen, kostspieligen Selbstverwaltungsapparat unterhalten. Die Auflösung der Provinzen erfordert allerdings eine Verfassungsänderung mit der Neuverteilung der bisherigen Zuständigkeiten auf andere Ebenen.

1. Die Abgabe wäre dann nur halb freiwillig: Wer sich nicht für die Zuwendung an eine Partei entscheidet, dessen Anteil fließt in den Staatshaushalt.

2. Das aufgrund einer Bemerkung des damals verantwortlichen Ministers mittlerweile allgemein als »Porcellum« (sinngemäß: »Schweinerei«) bezeichnet wird. Die Begünstigung von Wahllisten und die unterschiedliche Berechnung der Mehrheitsprämie in beiden Kammern führten zu instabilen Regierungen.

3. Eine relativ komplizierte Mischung aus Verhältnis- und Mehrheitswahlrecht, die ebenfalls verschiedene Berechnungen für Senat und Kammer vorsieht.

In anderen Themenfeldern agierte die Koalition bisher unauffällig. Die größte öffentliche und parlamentarische Aufregung entzündete sich an der überstürzten Abschiebung der Frau eines kasachischen Dissidenten. Nach einem Hinweis des kasachischen Botschafters wurden innerhalb von drei Tagen die Frau und Tochter des Dissidenten abgeschoben, er selbst wurde mittlerweile in Frankreich festgenommen. Nach ersten Untersuchungen war der zuständige Innenminister Angelino Alfano über diese ungewöhnlich rasche Aktion nicht informiert, allerdings vermuteten einige Medien einen Freundschaftsdienst Berlusconis gegenüber dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew hinter der Aktion.

Außenpolitisch steht die Finanzierungskrise im Mittelpunkt. Andere außenpolitisch wichtige Themen, wie die Abhörpraktiken der Geheimdienste und die Verhandlungen um Edward Snowden, spielen in der italienischen Öffentlichkeit und Politik zurzeit kaum eine Rolle. Noch am Tag der Bestätigung der Regierung im Senat brach Letta zu seinen Antrittsbesuchen in Berlin, Paris und Brüssel auf. Die Reise zu den zentralen europäischen Partnern war ein wichtiges Signal nach innen wie nach außen. Den europäischen Partnern gegenüber sollte dabei betont werden, dass die Reformbestrebungen der Regierung Monti fortgesetzt werden. In Italien sollte vor allem deutlich werden, dass die Regierung Letta der reinen Austeritätspolitik eine stärkere Wachstumsförderung entgegensetzen will. Bei aller EU-kritischen Rhetorik, die sich vor allem an den strikten Vorgaben der EU im Rahmen der europäischen Finanzkrise entzündet, stehen doch alle Parteien und die Mehrheit der Bevölkerung zur EU und wären bereit für ein stärkeres Engagement des Gründungsmitglieds in Brüssel, nicht aber für den Austritt aus Euro-Zone oder EU. An dieser grundsätzlichen Treue zu Europa dürfte selbst eine mögliche zukünftige Einbindung des M5S in die Regierungsverantwortung nichts ändern.

Das Erbe der Regierung Monti in der Wirtschaftspolitik

Der Versuch, den europäischen Vorgaben gerecht zu werden, schlechtere Ratings zu vermeiden und zugleich die italienische Wirtschaft zu beleben, prägt die italienische Fiskal- und Wirtschaftspolitik. Im Wahlkampf spielten Korrekturen am »Salva Italia« genannten Gesetzespaket, das im Dezember 2011 unter Mario Montis

Federführung verabschiedet wurde, eine wichtige Rolle, wobei PD und PdL ganz unterschiedliche Punkte kritisierten. Deshalb konnte die Große Koalition die nötigen Korrekturen nicht so schnell wie in der parlamentarischen Ausnahmesituation der sogenannten technischen Regierung Monti angehen. »Salva Italia« verschaffte Italien vorübergehend tatsächlich eine leichte Entlastung bei der Neuaufnahme von Krediten und erhöhte die Glaubwürdigkeit im Euro-Raum. Die Rettungsmaßnahme verschärfte allerdings die Rezession; auch die Kreditwürdigkeit wurde vor wenigen Wochen wieder herabgestuft. Für ein großes Konjunkturprogramm lassen die bisherigen Sparmaßnahmen keinen Raum, für die Erfüllung der Wahlversprechen ebenfalls nicht. Dennoch lassen die europäischen Regeln nach den ersten Verhandlungen und der Vorleistung, dass Italien die Defizit-Vorgaben einhalten konnte, immerhin einen kleinen Spielraum erkennen. So sollen z. B. nicht alle Konjunkturmaßnahmen auf das italienische Haushaltsdefizit angerechnet werden. Das Ansehen der Regierung und die Selbstwahrnehmung Italiens wurden verbessert durch die offizielle Eistellung des Defizitverfahrens am 29. Mai. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit thematisierte Letta wiederholt, sowohl durch das Ministertreffen »Jobs for Youth« der zuständigen Minister Italiens, Deutschlands, Spaniens und Frankreichs am 14. Juni als auch beim EU-Gipfeltreffen Ende Juni. Auch auf nationaler Ebene ist es ihm gelungen, in dieser Frage die Gewerkschaften wieder einzubinden, die zuvor die stärksten Proteste gegen die Liberalisierungspolitik Montis organisiert hatten. Durch die Unterstützung der Regierung Monti hatte der PD zuvor deutlich an Rückhalt der Gewerkschaften verloren.

Zu den ersten fiskalpolitischen Maßnahmen gehörte jetzt die Verschiebung der Mehrwertsteuer-Erhöhung von 21 auf 22 Prozent um zwei Monate auf Oktober 2013. Falls es finanziellen Spielraum geben sollte, soll die Erhöhung sogar bis Januar 2014 ausgesetzt werden. Mit dem »Decreto del Fare« wurden Anfang Juli zudem weitere wichtige finanzpolitische Weichenstellungen getroffen: Unter anderem wird es Unternehmen und Privatpersonen erleichtert, Steuerschulden in Raten zurückzuzahlen, und es werden erste Investitions- und Konjunkturanreize gesetzt, wie eine leichte Absenkung der Energiesteuern, ein Drei-Milliarden-Programm zur Beschleunigung bereits begonnener öffentlicher Bauarbeiten (z. B. der Ausbau der Metro in Rom, Mailand und Neapel und einiger Eisenbahnstrecken) oder der Abbau bürokratischer Hindernisse. Weitere Punkte des Vorhabens betreffen

die Forschungsförderung, Stipendien, Anreize zur Beschäftigung junger Arbeitnehmer, Verbesserungen im Umweltrecht, Reformen der Zivilgerichtsbarkeit und den allgemeinen und leichten Zugang zum Internet. Eines der zentralen Wahlversprechen Berlusconi betraf die Abschaffung der umstrittenen Immobiliensteuer IMU, von der nun zunächst Erstwohnsitze und wenige Sonderfälle wieder ausgenommen sind. Die Abschaffung – oder auch nur die grundsätzliche Befreiung von Erstwohnsitzen – ist jedoch einer der großen Konfliktpunkte der Koalition, so dass hier zunächst mit weiteren Verschiebungen statt einer endgültigen Lösung zu rechnen ist. Berlusconi scheint entschlossen, auf seinem Wahlversprechen zu beharren, um weiter auf die Stimmen der Immobilienbesitzer bauen zu können. Da die Eigentumsrate in Italien sehr hoch ist und Immobilien als Rente und Geldanlage einen hohen Stellenwert besitzen, betrifft diese Debatte tatsächlich auch weite Teile der Bevölkerung.

Berlusconis Prozesse und Richtungskämpfe gefährden die Koalition zusätzlich

Aber nicht nur Differenzen in wichtigen politischen Fragen führen zum fragilen Zustand der Regierung, sondern auch die unruhige Situation in PD und PdL und heftige persönliche Abneigungen und Rivalitäten der Beteiligten untereinander: In beiden Parteien gibt es Flügel, die grundsätzlich gegen die Zusammenarbeit mit dem langjährigen Gegner sind, und die auf Gründe für eine Aufkündigung der Koalition warten. Vor allem im PD führt dies zu offenen Richtungskämpfen. Diese tiefe Spaltung der Partei zeigte sich bereits bei den Präsidentschaftswahlen, als in mehreren Wahlgängen die eigenen Kandidaten beschädigt wurden und so die damalige Parteiführung um Bersani demontiert wurde. Wortführer der innerparteilichen Rebellen ist der Bürgermeister von Florenz, Matteo Renzi, ein junger, charismatischer Politiker, der sich mit gezielten Provokationen gegen die Parteispitze in den Medien hält und auf seine Chance in der Zukunft hofft. Viele Abgeordnete sympathisieren mit einer Zusammenarbeit mit der M5S und der linken Sinistra – Ecologia – Libertà (Links – Umwelt – Freiheit, SEL), die zurzeit wesentliche Teile der Opposition bilden. Die SEL, die auch in einer Listenverbindung mit dem PD zu den Wahlen angetreten waren, wäre bereit für eine Links-Koalition mit PD und M5S, allerdings hat Beppe Grillo auch diesen Vorschlag ausgeschlossen. Einige mit diesem Kurs und dem autoritären Stil von Grillo unzu-

friedene Abgeordnete haben die M5S-Fraktion daraufhin verlassen, jedoch ist eine reine Links-Koalition im Senat weiterhin weit von einer Mehrheit entfernt.

In seiner Partei hat Berlusconi zwar die Zügel fest in der Hand, allerdings gibt es auch hier Unzufriedene, die auf Neuwahlen und einen Wahlsieg im Verbund mit der schwächelnden Lega Nord (LN) hoffen. Berlusconi instrumentalisiert zudem die Regierungsbeteiligung (bisher erfolglos), um Druck auf seine aktuell laufenden Prozesse auszuüben. Vor Gericht hat Berlusconi in jüngster Zeit einige Niederlagen einstecken müssen. Jedes dieser Urteile führte zu Drohungen loyaler Parlamentarier, die Koalition aufzukündigen. Berlusconi selbst bemühte sich, neben den üblichen Unterstellungen zu politisch motivierten Urteilen der »roten Roben«, um Zurückhaltung und ließ die Äußerungen seiner Abgeordneten und Vertrauten für sich sprechen. Allein die Ankündigung eines letztinstanzlichen Urteils im Mediaset-Prozess um Steuerbetrug eines Berlusconi-Unternehmens für den 30. Juli versetzte das politische Italien in eine nervöse Spannung. Wäre das Urteil so bestätigt worden, hätte Berlusconi der Ausschluss von politischen Ämtern auf fünf Jahre und damit der Entzug seines Senatssitzes gedroht. Nach Ablauf dieser Strafe wäre der PdL-Chef 82 Jahre alt gewesen und hätte bis dahin seine Partei nur informell anführen können. Zudem hätte er in der Zwischenzeit die politischen Ämter nicht mehr als Grund für Prozessverzögerungen nutzen können. Im Vorfeld wurden mögliche Folgen diskutiert: Einerseits versicherten sowohl Letta als auch Berlusconi, dass die Koalition daran nicht scheitern würde. Andererseits wurde aber von zahlreichen Vertrauten Berlusconis ein Bruch der Koalition oder gar der Rücktritt aller PdL-Parlamentarier angedroht. Das Gericht hat letztlich politisch geschickt entschieden: Die Rechtmäßigkeit des Verfahrens und die vierjährige Haftstrafe wurden bestätigt, damit ist Berlusconi erstmals rechtskräftig verurteilt. Allerdings wurde der Ausschluss von politischen Ämtern als zu hart bezeichnet und zur Neuverhandlung zurückverwiesen. Damit zeichnet sich ein politischer Kuhhandel ab, den Berlusconi kurz vor der Urteilsverkündung selbst angedeutet hat: Sollte der Ausschluss deutlich kürzer ausfallen als die laufende Legislaturperiode, könnte er sofort seinen Senatssitz niederlegen und bei den nächsten Wahlen wieder kandidieren. Dann würden mit Berlusconi und Grillo die beiden mächtigsten Männer der italienischen Politik das Parlamentsgeschehen von außen kommentieren und ihre Parteien dirigieren können – auch ohne offizielles Mandat. Von der Haftstrafe muss

der ehemalige Regierungschef aufgrund seines Alters nur ein Jahr antreten, das als Hausarrest in einem seiner Anwesen abgesessen werden kann.

Zusätzlich belasten die Debatten um einzelne Minister die Koalition. Die Olympiasiegerin Josefa Idem (PD) zum Beispiel musste als Sportministerin schon nach zwei Monaten wegen Steuerhinterziehung zurücktreten. Der Staatsminister für Regionalangelegenheiten und zugleich Bürgermeister von Reggio Emilia, Graziano Delrio, trat erst nach einer Debatte über die Unvereinbarkeit der Ämter als Bürgermeister zurück. Innenminister Alfano überstand mühsam ein Misstrauensvotum, nachdem sowohl Letta dieses als allgemeine Vertrauensabstimmung deklariert hatte als auch PdL-Politiker die Fortsetzung der Koalition von einem Erfolg der Abstimmung abhängig gemacht hatten. Anlass des Misstrauensvotums war die erwähnte Abschiebe-Affäre um den kasachischen Dissidenten.

Die aus dem Kongo stammende Ministerin Cécile Kyenge war wiederholten verbalen Angriffen und Beleidigungen durch Vertreter der LN und rechter Parteien ausgesetzt. Die Augenärztin bekam nach rassistischen Angriffen viel Unterstützung von linken Ministerkollegen, kaum Verurteilungen der Angriffe kamen dagegen aus den Reihen des PdL, der selbst gerne nach rechten Wählerstimmen angelt. Der einschlägig bekannte EU-Parlamentarier Mario Borghezio (LN) wurde für seine rassistischen Äußerungen mittlerweile aus der rechtspopulistischen Fraktion »Europa der Freiheit und Demokratie« ausgeschlossen, der stellvertretende Senatspräsident Roberto Calderoli (ebenfalls LN) verweigert bisher erfolgreich den Rücktritt von seinem Amt nach einem rassistischen Vergleich Kyenges mit Orang-Utans.

In den parlamentarischen Gepflogenheiten zeigen sich in der jungen Legislaturperiode bisher auch die größten stilistischen Änderungen und der Einfluss des M5S. Dieser verzichtet nicht nur auf ihm zustehende Gelder für die Partei- und Fraktionsarbeit, sondern hat auch rotierende Fraktionsspitzen in den beiden Kammern eingeführt. Turnusgemäß wurden die ersten als Sprecher nach drei Monaten abgelöst, auch wenn sich dies als administrativ schwierig, weil nicht vorgesehen, erwies. Ungewöhnlich war auch die Wahl der Präsidentin des Abgeordnetenhauses: Laura Boldrinis Partei SEL war zwar Teil der stärksten Listenverbindung der Parlamentswahl, die SEL hat sich aber mit Beginn der Großen Koalition

für die Opposition entschieden, so dass die Kammerpräsidentin nun einer der kleineren Oppositionsparteien angehört. Im Senat hat die Wahl des Präsidenten zu einer ersten Zerreißprobe des M5S geführt, da sich der letztlich gewählte sizilianische Anti-Mafia-Staatsanwalt Pietro Grasso nur mit den Stimmen einiger M5S-Abgeordneter gegen den bisherigen Präsidenten Renato Schifani (PdL) durchsetzen konnte, dessen Haltung gegenüber der Mafia weit weniger klar ist. Darüber hinaus haben das naive, unbefangene und gelegentlich innovative Auftreten der M5S-Vertreter die Wahrnehmung des Parlaments in der Öffentlichkeit zweifellos verbessert, nachdem dieses vor allem unter den Berlusconi-Regierungen marginalisiert worden war.

Fazit

Mit den großen Zielen, die Letta mit Amtsantritt selbst formulierte – institutionelle Reformen, wirtschaftliche Erholung und eine Verbesserung der Position in Europa – hat sich der Regierungschef selbst unter Druck gesetzt. Allerdings ist der Erwartungsdruck, den die Opposition und das europäische Ausland ihrerseits formulieren, nicht weniger hoch. Diese Erwartungen unter den hohen inneren Spannungen der ungewohnten Großen Koalition und den Unwägbarkeiten eines von außen hineinregierenden Silvio Berlusconis zu erfüllen, dürfte kaum möglich sein. Dennoch sollte die gegenwärtige Regierung die finanziellen und institutionellen Probleme anpacken und zumindest einen Teil der Reformen auf den Weg bringen können. Dies kann aber nur Schritt für Schritt gelingen und erfordert die Geduld aller Partner, auch der europäischen, die dem Land unter Anerkennung der Sparerfolge durch mögliche institutionelle Reformen auch die Möglichkeit geben sollten, die Wirtschaft – das heißt in Italien vor allem die erfolgreichen kleinen und mittelständischen Unternehmen – zu sanieren und zu fördern. Dabei bleibt offen, ob die Opposition die Regierung konstruktiv zu Reformen antreiben kann oder ob nicht besonders Grillo auf einen destruktiven Kurs und den völligen Zusammenbruch des Staates setzt. Für die meisten Parteien, die Wahlsieger des M5S eingeschlossen, kämen Wahlen in der nächsten Zeit zu früh, zumal nach Überraschungen bei den letzten regionalen Wahlen im Frühjahr 2013 kaum zuverlässige Prognosen zu treffen sind, und gegenwärtig alle Parteien damit rechnen müssen, für ihren Kurs abgestraft zu werden. Dies könnte sich ändern, sobald sich erste Erfolge der Reformen zeigen, wenn

heute auch nicht absehbar ist, wem der Wähler diese anrechnen würde. Wiederholte Drohungen mit Neuwahlen durch Vertreter der Rechten scheinen schwache Gesten vor diesem Hintergrund und dem abnehmenden Nimbus des alternden Berlusconi, der zudem durch die »Bunga Bunga«-Skandale an Rückhalt bei seiner weiblichen Wählerschaft verloren hat. Sollte Berlusconi zudem nur kurze Zeit von politischen Ämtern ausgeschlossen werden, hätte der PdL Interesse, Neuwahlen in dieser Phase zu vermeiden – sollte die Frist von fünf Jahren bestehen bleiben, ist hingegen auch ein sofortiger Rückzug der PdL-Parlamentarier nicht auszuschließen. Wenn es dazu kommt, wird auch Grillo auf Neuwahlen drängen, da diese Situation mit einer gespaltenen PD, einer sich auflösenden SC und einem geschwächten PdL seiner Prognose eines totalen Zusammenbruchs schon recht nahe käme und das M5S auf einen Stimmenzuwachs hoffen könnte.

Sollte es nicht gelingen, deutliche institutionelle Reformen auf den Weg zu bringen und die schwächelnde Wirtschaft wenigstens zu stabilisieren, oder verlieren sich die Koalitionspartner in Stellungskriegen, wird sich die Enttäuschung über die immer gleiche politische »Kaste« noch verstärken. Dies könnte dem M5S, aber auch SEL oder anderen neuen Protestformationen einen Erfolg beschern, der die »alten« unbeweglichen Parteien, besonders aber den innerlich bereits zerrissenen PD ähnlich wie vor zwanzig Jahren die DC, untergehen ließe.



Über den Autor

Markus Grimm M.A. arbeitet in der Politischen Italien-Forschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86498-624-6